

Der Vortrag von Karen Pittel hat unter anderem aufgezeigt, wie sich die im Rahmen der Energiewende verfolgten Ziele als Teilziele des für die Ökonomie zentralen Ziels der Wohlfahrtsmaximierung begreifen lassen. Zwischen den Teilzielen bestehen Konflikte, so dass die Aufgabe des Staates bei der Gestaltung der Energiepolitik auch darin zu bestehen hat, einen die Wohlfahrt maximierenden Kompromiss zwischen den einzelnen Zielen zu finden und dieses Zielbündel durch die Wahl geeigneter Maßnahmen umzusetzen. In meinem Kommentar möchte ich kurz darzustellen versuchen, welche spezifischen Charakteristika die mit der Energiewende verfolgten Ziele aufweisen und welche Konsequenzen sich daraus für eine an ökonomischen Standards orientierte Energiepolitik ergeben.

Die Energiewende als Übergang zu einem mittel- bis längerfristig weitgehend von erneuerbaren Energien getragenen Versorgungssystem ist in erster Linie umweltpolitisch motiviert. Dabei geht es darum, die durch die Emission von Treibhausgasen – vor allem CO₂ – verursachte Erwärmung der Erdatmosphäre zu stoppen und längerfristig auf einen bestimmten Wert (wie das auf dem Klimagipfel in Kopenhagen 2010 lose vereinbarte »2-Grad-Ziel«) zu beschränken.

Die Nutznießer klimapolitischer Maßnahmen in Deutschland sind aber nicht primär wir selber, d.h. die zurzeit lebenden Bundesbürger, sondern die zukünftigen Generationen auf der ganzen Welt. Eine solche Globalisierung der umweltpolitischen Zielsetzung spricht natürlich nicht gegen klimapolitische Aktivitäten, hat aber erhebliche Auswirkungen auf die von der Politik zur konkreten Durchführung der Energiewende ergriffenen Maßnahmen. Aus ökonomischer Sicht sind diese Auswirkungen alles andere als erfreulich. Denn im Fall der Energiewende ist – angesichts der Dominanz ihrer Fernziele und der daraus folgenden Länge der Planungszeiträume – das Investitionsrisiko bei vielen Klimaschutzmaßnahmen, von Offshore-Windenergie über CCS bis hin zu DESERTEC, sehr groß. Zu den technologischen und ökonomischen Risiken treten politische Risiken, auf internationaler Ebene beispielsweise die Kooperationsbereit-

schaft anderer Staaten beim Klimaschutz, auf nationaler Ebene Änderungen in den Wählerpräferenzen.

Dass man bei der Energiewende mit sehr hohen Risiken konfrontiert ist, hat Auswirkungen auf die Investitionsbereitschaft in diesem Bereich. Die Bereitschaft zur Übernahme von Risiken ist ein knapper Produktionsfaktor, der höher entlohnt werden muss, je mehr man ihn benötigt (vgl. Konrad 1992). Weil der Staat die Risiken besonders gut auf viele Schultern verteilen kann, scheint er zur Übernahme der mit der Energiewende verbundenen Risiken prädestiniert. Dabei steckt er allerdings in einem Dilemma: Entweder fördert er durch direkte Subventionen oder großzügige Verlustausgleichsregelungen breitflächig eine Vielzahl von Investitionen und begünstigt dabei ineffizientes Moral-Hazard-Verhalten (vgl. hierzu Buchholz und Konrad 2000), oder er bevorzugt von vornherein spezielle Technologien, wie es beim Erneuerbaren-Energien-Gesetz in Deutschland der Fall ist, bei dem durch langfristig garantierte Zahlungen an die Investoren das von ihnen zu tragende Risiko stark vermindert wird. Dadurch wird aber der Wettbewerb verzerrt, und eine Verschwendung öffentlicher Mittel droht. Auch lassen sich einmal eingeführte Subventionen nur schwer wieder abbauen (vgl. hierzu beispielsweise Buchholz und Pfeiffer 2011). In beiden Fällen sind Ineffizienzen vorprogrammiert.

Die Langfristigkeit der Ziele der Energiewende birgt aber noch andere Gefahren für die ökonomische Effizienz, die auf eine »Paradoxie der Kurzsichtigkeit bei Fernzielen« zurückzuführen ist (vgl. hier-



Wolfgang Buchholz*

* Prof. Dr. Wolfgang Buchholz ist Inhaber des Lehrstuhls für Finanzwissenschaft, insbesondere Umweltökonomie, an der Universität Regensburg.

Der Beitrag ist eine gekürzte Fassung des Vortrags. Die Langfassung erscheint im Tagungsband des Symposiums, herausgegeben von der Bayerischen Akademie der Wissenschaften.

zu bereits Buchholz 1989). Die Bürger können die erst nach Jahrzehnten eintretenden Erfolge oder Misserfolge der langfristig ausgerichteten Politik heute nicht überprüfen und zum Kriterium für ihre Entscheidung bei der kommenden Wahl machen. Den Politikern geht es jedoch in erster Linie darum, die nächste Wahl zu gewinnen. Um ihre Wiederwahlchancen zu erhöhen, werden sie mit ihrer aktuellen Politik sichtbare Signale setzen, die zumindest vordergründig in Zusammenhang mit den Langfristzielen stehen und deren Umsetzung suggerieren. Auf diese Weise kommt es zu einem Bias zugunsten einer rein symbolischen, auf die nächste Wahl und die öffentliche Stimmungslage schielenden Politik im Sinne eines »So tun als ob«, die mit einer am Effizienzziel ausgerichteten Politik allenfalls zufällig übereinstimmt. Dieser Effekt wird noch verstärkt, wenn der Stimme wirtschaftlicher Vernunft das Etikett des kalten und umweltethisch verantwortungslosen Neoliberalismus angeheftet wird.

Literatur

Buchholz, W. (1989), »Umweltschutz als Kollektiventscheidungsproblem«, *Wirtschaftspolitische Blätter* 36, 382–394.

Buchholz, W. und K.A. Konrad. (2000), »Risiko und Steuern«, in: N. Andel (Hrsg.), *Probleme der Besteuerung III*, Duncker & Humblot, Berlin, 63–139.

Buchholz, W. und J. Pfeiffer (2011), »Energiepolitische Implikationen einer Energiewende«, *ifo Schnelldienst* 64(18), 30–39.

Konrad, K.A. (1992), *Risikoproduktivität*, Studies in Contemporary Economics, Springer, Berlin, Heidelberg und New York.